

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Herzliche Gratulation,
Ueli Maurer!
Von Nationalrat
Toni Brunner

Seite 3



EU – wohin gehst du?
Wo ist dein Ziel?
Von Nationalrätin
Yvette Estermann

Seite 11



Die Ausschaffungs-
initiative hat zwei klare
und wichtige Anliegen.
Von Nationalrat
Lukas Reimann

Seite 14

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 57 263 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 12/2008

**Ueli Maurer, der neue
SVP-Bundesrat** S. 4

**Volk nicht der Elite
unterordnen, sondern Elite
dem Volk**
Nationalrat Yvan Perrin S. 5

**Oppositionsjahr war
erfolgreich!**
Nationalrätin Jasmin Hutter S. 6

**Impressionen
vom 10. Dezember** S. 7

**Interview mit Nationalrat
Lieni Füglistaller** S. 8

**Nein-Parole zur
Personenfreizügigkeit**
Alain C. Hauert S. 10

**Immer mehr
Sozialmissbrauch**
Erich J. Hess S. 12

**HarmoS: Nichts für den
ländlichen Raum**
Nationalrat Simon Schenk S. 15

Reklame

**Win-win
statt Blabla.**

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Erster Schritt zurück zur Konkordanz

Mit der Wahl des langjährigen SVP-Präsidenten Ueli Maurer in den Bundesrat hat das eidgenössische Parlament einen ersten Schritt zur Wiederherstellung der Konkordanz gemacht. Die SVP übernimmt mit dem volksnahen Ueli Maurer in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit Regierungsverantwortung. Mittelfristig strebt die SVP wieder eine Doppelvertretung in der Regierung an, damit ihre Politik der Wählerstärke angemessen in den Bundesrat einfließt.

Eine besondere Würdigung gebührt der Haltung von Nationalrat Hansjörg Walter, der mit seinem unmissverständlichen Verzicht die Kraft hatte, sich zum Wohle des Landes den politischen Spielchen der Linken zu verweigern.

Die SVP wünscht ihrem neuen Bundesrat Ueli Maurer viel Erfolg bei seiner Tätigkeit als Vorsteher des VBS und ist überzeugt, dass er sich seine Bodenständigkeit und Volksnähe bewahrt. Dank der SVP-Vertretung werden diese Werte so wieder in die Regierung eingebracht!



| | | |
|-------------|--|----------|
| Expl. | SVP-Fussball | Fr. 25.– |
| Expl. | Cap «Swiss Look» | Fr. 10.– |
| Expl. | SVP-Sitzungsmappe | Fr. 49.– |
| Expl. | Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein | Fr. 50.– |
| Expl. | Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross | Fr. 50.– |
| Expl. | Seidenkrawatte SVP | Fr. 50.– |
| Expl. | SVP-Bonbons Blechdose | Fr. 5.– |
| Expl. | SVP-Feuerzeug | Fr. 5.– |
| Expl. | Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn! | Fr. 10.– |
| Expl. | Pin Schweizerkreuz | Fr. 7.– |
| Expl. | Pin SVP-Logo | Fr. 7.– |
| Expl. | Pin «SVP Gold» | Fr. 7.– |
| Expl. | Post-it, Block à 50 Blatt | Fr. 2.– |
| Expl. | Offiziersmesser, Original-Victorinox | Fr. 20.– |
| Expl. | Kleber, Bogen à 27 Kleber | Fr. 5.– |
| Expl. | Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer | Fr. 3.– |
| Expl. | SVP-Ballone, Sack à 50 Stück | Fr. 33.– |
| Expl. | Kugelschreiber | Fr. 2.50 |

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12x/Jahr

Chefredaktor: Alain Hauert

Inserate: Alain Hauert

Adresse:

Generalsekretariat SVP
 Postfach 8252, 3001 Bern
 Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
 E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
 (Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
 Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:

per E-Mail an klartext@svp.ch



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Silvia Bär, Generalsekretärin SVP Schweiz ad interim, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Herzliche Gratulation, Ueli Maurer!



Ich gratuliere unserem neuen Bundesrat Ueli Maurer zu seiner Wahl ins verantwortungsvolle Amt und wünsche ihm von Herzen andauernde Standhaftigkeit und Schaffenskraft!

Natürlich freue ich mich ganz persönlich für meinen Parteikollegen und Mitstreiter über den Erfolg. Und fast wäre ich versucht, zu schreiben, nach zwölf Jahren hartem Chrupfen an der Parteispitze, nach jahrelangem selbstlosem Einsatz für die SVP habe er dieses Amt «verdient».

Aber gerade darum geht es uns nicht, weder Ueli Maurer noch der SVP. Ein hohes Amt ist nicht die Belohnung für die Ochsentour, nicht der vergoldete Feierabend einer Karriere. Das Amt ist eine Aufgabe. Das Amt bringt Arbeit. Das Amt bedeutet Verantwortung. Weil das einige Ma-

gistraten von Mitte-links nicht verstehen, weil sie Dienst an der Heimat mit Diplomatenempfangen verwechseln, steht es um manche Regierungsgeschäfte schlecht.

Ueli Maurer ist gerade deshalb der Richtige für das Amt des Bundesrates, weil er es nie gesucht hat. Weil er seine Arbeit für das Land und die Partei immer aus Überzeugung leistete und nie als Investition in seine persönliche Laufbahn verstand.

Nie hat er das Amt angestrebt, in das ihn jetzt die Bundesversammlung gewählt hat. Denn er hat immer klar gemacht: Es geht um die Sache, nicht um Pöstli und Prestige. Diese Haltung macht Ueli Maurer zum wahren Staatsmann.

Wer solche politische Knochenarbeit nicht aus Eigeninteresse auf sich

genommen hat, sondern weil er an unsere Heimat glaubt und sich für unser Land einsetzen will, der bringt beste Voraussetzungen mit, auch die Bürde eines Regierungsamtes zu schultern. Ich weiss, dass mit unserem neuen Bundesrat Ueli Maurer Ernsthaftigkeit, Ehrlichkeit und Vaterlandsliebe ins Regierungsgremium einziehen werden – Tugenden, wie man sie von Christoph Blocher im Bundesrat ebenfalls kannte.

Jetzt ist es an der Partei, an uns allen, an jedem einzelnen Mitglied, Ueli Maurer durch eine kraftvolle und aktive SVP-Politik zu unterstützen. Los geht's!

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20
Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

Ueli Maurer, der neue SVP-Bundesrat

Der neue Vertreter unserer Partei in der Landesregierung heisst Ueli Maurer. Im folgenden Porträt stellt Ihnen die Redaktion des «SVP-Klartext» den langjährigen Parteipräsidenten der SVP und frischgewählten Bundesrat etwas näher vor.

Ueli Maurer wurde am 1. Dezember 1950 in Wetzikon ZH geboren. Er besuchte in Hinwil die Schule und absolvierte danach eine kaufmännische Lehre. Später erlangte Ueli Maurer das eidgenössische Buchhalterdiplom und besuchte verschiedene Weiterbildungen.

Seinen beruflichen Werdegang lancierte der neue Bundesrat 1974 als Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Von 1994 bis 2008 amtierte Ueli Maurer in derselben Funktion beim Zürcher Bauernverband und seit Frühling 2008 war er als Präsident des Verbandes Schweizerischer Gemüseproduzenten tätig. Daneben führte er selbständig eine kleine Unternehmung im Kommunikationsbereich.

Im Militär diente Ueli Maurer als Radfahrer, er absolvierte nach der Rekrutenschule auch die Offiziersausbildung und erreichte den Grad eines Majors.

Bundesrat Maurers politische Karriere begann im Alter von 28 Jahren, als er in seiner Heimatgemeinde Hinwil in den Gemeinderat gewählt wurde. Dieses Amt übte er danach während acht Jahren aus und zog 1983 auch ins Zürcher Kantonsparlament ein. Als Mitglied der kantonalen Legislative hatte er von 1987 bis 1988 das Fraktionspräsidium inne, im Jahr 1991 – seinem letzten Amtsjahr – präsierte er den Kantonsrat sogar. 1991 schaffte Ueli Maurer dann den Sprung in den Nationalrat und wechselte vom kantonalen ins nationale Parlament. Er politisierte seither in der Grossen Kammer, bis er nun am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt wurde.

Neben seinen Ämtern auf allen Stufen der schweizerischen Politik (Gemeinde, Kanton und Bund) hat Ueli Maurer auch innerhalb seiner Partei eine zentrale Rolle gespielt. Von 1991 bis 1996 war er Vizepräsident der SVP des Kantons Zürich, seit Au-

Steckbrief von Bundesrat Ueli Maurer

Geburtsdatum: 1. Dezember 1950

Bürgerorte: Adelboden BE und Hinwil ZH

Zivilstand: verheiratet mit Anne-Claude

Kinder: 6 (Ueli, geb. 1978; Benjamin, 1981; Ursina, 1983; Björn, 1986; Sidonia, 1990; Corsin, 1997)

Hobbys: Skilanglauf, Radfahren, Literatur, Musik

gust 2008 Präsident derselben Kantonalpartei. Von 1996 bis März 2008 führte Ueli Maurer die SVP Schweiz als Parteipräsident und hatte auch massgeblichen Anteil am histori-

schen Erfolg unserer Partei, die in den Jahren von Maurers Präsidentenschaft den Aufstieg zur stärksten politischen Kraft in unserem Land geschafft hat.



RUTZ & PARTNER
STRATEGIE UND KOMMUNIKATION

Gratulation, Ueli. Weiter so.

RUTZ & PARTNER CONSULTING GMBH
HINTERDORFSTRASSE 9 · POSTFACH · CH-8702 ZOLLIKON / ZÜRICH
TEL. +41 44 391 32 32 · FAX +41 44 391 32 30
WWW.RUTZ-PARTNER.CH · INFO@RUTZ-PARTNER.CH

Nationalrat Yvan Perrin, Vizepräsident SVP Schweiz

Volk nicht der Elite unterordnen, sondern Elite dem Volk



Menschen. Der Gewählte fühlt sich bald als Auserwählter und ist in dieser Funktion nicht mehr imstande zu wissen, was für die Andern gut ist. Die Volksbefragung wird zu einer lästigen Übung, auf die die Elite gerne verzichten würde. Denn es kann vorkommen, dass das Volk nicht die Meinung der Elite teilt, womit es natürlich im Unrecht ist. Alles ist gut, um das inakzeptable Eindringen des Bürgers in öffentliche Angelegenheiten zu begrenzen. Jeder Vorwand taugt, um ihn davon abzuhalten, sich in Dinge zu mischen, die ihn nichts angehen. Die Verknüpfung von Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ist das jüngste und eklatanteste Beispiel dieser bedauerlichen Tendenz. Da die Elite in der Schweiz wegen des Referendumsrechts nicht immer verhindern kann, dass die Bürger ihre Meinung sagen, achtet wenigstens sie darauf, die Fragen so zu stellen, dass die Antworten gegeben sind. Der Wähler kann nicht mehr frei urteilen.

Geben Sie alle Macht dem tugendhaftesten Menschen, und Sie werden bald feststellen, wie er sich verändert. Herodot, der die griechischen Tyrannen aus der Nähe kannte, weiss, wovon er spricht, wenn er das sagt. Zweieinhalbtausend Jahre später stellt sich das Problem gleichermaßen. Weil der Bürger nicht in der Lage ist, sich an allen Entscheidungen zu beteiligen, delegiert er einen Teil seiner Vorrechte an gewählte Personen, die für ihn sprechen sollen. Doch leider verändert die Macht den

Hüten wir uns vor all denjenigen, die über unsere Köpfe hinweg unser

Glück schmieden wollen. Die direkte Demokratie ist ein zu kostbarer Schatz, mit dem wir sorgfältig umgehen sollen, ein kostbarer Schatz, der uns von niemandem weggenommen werden darf. Wenn immer jemand die von unseren mutigen Vorfahren überlieferten Rechte beschlagnahmen will, müssen wir uns erheben und die Piraten auf ihre Plätze zurückweisen. Ein Gewählter

sitzt niemals nur auf seinem Stuhl, weil dies unserem Willen entspricht. Er muss diesen vertreten und nicht interpretieren, was er meistens zu seinem eigenen Vorteil tut. In Anbetracht der immer anmassenderen Classe politique mögen wir uns an die Frage Adalbert de Périgords an Hugues Capet erinnern: «Wer hat dich zum König gemacht?»

Werbung

IHRE TEXTE AUF ITALIENISCH

Übersetzung Ihrer deutschen, französischen, englischen und spanischen Texte in die italienische Sprache

Auf Wunsch gemäss Kostenvoranschlag

Sonderrabatt für die Leser von Klartext!

Die Politik ist mein Hobby,
Übersetzungen sind meine Arbeit.

Eros N. Mellini ist Sekretär der SVP-Kantonalpartei im Tessin – ein überzeugter und treuer SVPLer.



Eros N. Mellini – Übersetzungen
Postfach 6193, 6901 Lugano
Telefon 079 620 38 84
E-Mail: emellini@bluemail.ch

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Nationalrätin Jasmin Hutter, Vizepräsidentin SVP Schweiz

Oppositionsjahr war erfolgreich!

Der 12. Dezember 2007 ist uns allen in Erinnerung geblieben: Die linke Mehrheit des Parlamentes schickte uns in die Opposition. Ich gebe zu, einige Parlamentarier bekundeten Mühe mit dieser neuen aufgezwungenen Rolle. Und doch, allen Unkenrufen der linken Medien zum Trotz raufte wir uns schnell zusammen und kämpften an den verschiedensten Fronten erfolgreich für unsere SVP-Politik mit den Grundsätzen: Steuern senken, kein EU-Beitritt, kriminelle Ausländer ausschaffen. Wir kämpften nicht nur gegen die linke Mehrheit des Parlamentes und des Bundesrates, sondern insbesondere auch gegen das mit unseren Zwangsgebühren bezahlte Fernsehen und Zeitungen.

Erfolg Nummer 1: Kriminelle Ausländer ausschaffen

Als Paukenschlag eröffneten wir das Oppositionsjahr im Februar mit der Einreichung unserer Ausschaffungsinitiative mit mehr als 200 000 Unterschriften. Alleine schon die Einreichung unserer Forderungen übte Druck auf die anderen Parteien und den Bundesrat aus. Was vorher immer völlig realitätsfremd verniedlicht wurde, nämlich dass überproportio-



Nun muss der Bundesrat handeln. Dasselbe gilt auch an der Einbürgerungsfront. Unglaublich, dass sogar Ausländer eingebürgert werden, die nicht einmal eine Niederlassungsbewilligung besitzen! Die SVP hat einen entsprechenden Vorstoss im Parlament erfolgreich eingereicht und zwingt nun den Bundesrat, eine Vorlage auszuarbeiten, die genau diesen Missstand aufhebt.

Erfolg Nummer 2: Erziehung ist Aufgabe der Eltern, Ausbildung jene der Schule

Die Erziehungsdirektoren glaubten, eigenmächtig und problemlos das Volk in Sachen der Volksschule ausschalten und HarmoS mit der Zwangseinschulung von Vierjährigen in Kraft setzen zu können. Sie haben ihre Überlegungen aber ohne die SVP gemacht. Als Oppositionspartei ist es unsere Pflicht, solche Projekte, die zwangsweise Tagesstrukturen einführen und bereits Vierjährige in die Obhut des Staates übergeben, aktiv zu bekämpfen. Eine Niederlage musste die Erziehungsdirektorenkonferenz bereits in den Kantonen AI, TG, GR und LU einfahren. Der Beweis, dass unsere Schule lebt und

nal viele Ausländer schwere Straftaten wie Vergewaltigungen, Morde oder Sozialhilfemissbrauch verüben, wird nun auch auf nationaler Ebene wahrgenommen. Für Lösungen sind die anderen Parteien noch nicht bereit. Doch spätestens während dem Abstimmungskampf für unsere Initiative werden sie dazu gezwungen, Farbe zu bekennen.

Noch immer wissen wir nicht, aus welchen Herkunftsländern die Täter stammen. Der Bundesrat weigerte sich, eine Statistik darüber zu führen. Dank dem Druck der SVP hat der Ständerat nun einen Vorstoss überwiesen, der Transparenz fordert.

die Gesamtharmonisierung stark ins Wanken kommt.

Erfolg Nummer 3: Steuern senken

Das linke Parlament versucht immer wieder neue Gebühren und Steuererhöhungen für sozialistische Projekte einzuführen. In unserem Oppositionsjahr verfolgten wir den Leitsatz «Tiefere Steuern für alle» sehr konsequent. So brachten wir im Legislaturprogramm 2007 bis 2011 (als Oppositionspartei notabene!) die Einführung von Strassenzöllen (Road Pricing) zu Fall. Einmal mehr wollte die SP/Grün mit dem gütlichen Zutun der CVP die Autofahrer bestrafen und diesen das Geld aus dem Sack ziehen.

Auch unserer Forderung nach steuerlichen Entlastungen für Familien wurde gefolgt. Neu können auch traditionelle Familien einen Betrag von den Steuern abziehen. Das Ziel ist noch nicht vollständig erreicht. Denn wir wollen eine Gleichstellung der traditionellen Familie mit denjenigen, die ihre Kinder in Betreuungsstätten auf Staatskosten betreuen lassen. Hier braucht es unseren starken Druck noch weiterhin.

Es gibt einige weitere Erfolge: die Aufdeckung der Missstände im VBS mit dem konsequenten Rücktritt von BDP-Bundesrat Schmid, die Wahrung der nationalen Erschöpfung im Patentgesetz und damit des gleichzeitigen Schutzes von inländischen Innovationen oder die Erzwingung der dringlichen Debatte gegen die überhiesenen Strompreise.

Auch wenn wir nun wieder in der Regierung vertreten sind (jedoch frappant untervertreten), müssen wir unsere Wahlversprechen konsequent einhalten. Das Oppositionsjahr hat uns die nötige Kraft gegeben, um auch weiterhin Regierungsgeschäfte gründlich und kritisch zu durchleuchten.

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt.
Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.-, Kissen Fr. 10.-.
Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch.
Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen; auch Spezialanfertigungen.
Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

BETTWARENFABRIK

Rafzerfeld

Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG

8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren

Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

www.rafzerfeld.com



www.art-baumann.ch



Impressionen vom 10. Dezember



Personenfreizügigkeit:

«Grosse Auswirkungen bei einer Rezession»

Nationalrat Lieni Füglistaller spricht im Interview mit «SVP-Klartext» über die bisherigen Erfahrungen der Schweiz in Bezug auf die Personenfreizügigkeit mit der EU und zeigt auf, weshalb bei einer Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien mit einer weiteren Einwanderungswelle zu rechnen ist.

Herr Nationalrat Füglistaller, glauben Sie der Aussage von Serge Gaillard, Leiter Direktion Arbeit im SECO, dass sich die Einwanderung in wirtschaftlichen Flautezeiten erfahrungsgemäss abschwäche und die Personen-

freizügigkeit den Arbeitsmarkt deshalb in absehbarer Zeit entlasten würde?

Solche Aussagen sind populistisch und pure Abstimmungsrhetorik, denn die Schweiz hat keine Erfahrungen

mit dieser neuen, unkontrollierten Einwanderung und deren Auswirkungen in einer Zeit der Wirtschaftsbaisse.

Welche Erfahrungen konnten denn bisher schon mit der Personenfreizügigkeit gesammelt werden?

Die bisherigen Erfahrungen der Schweiz mit dem freien Personenverkehr basieren auf einer Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Dass in einer solchen Zeit die Arbeitslosigkeit nicht zunimmt und die Löhne nicht sinken, scheint eigentlich klar zu sein. Dennoch preisen der Bundesrat und die Befürworter der Personenfreizügigkeit dies als Erfolg des Freizügigkeitsabkommens. Doch sogar in dieser wirtschaftlichen Blütezeit hat sich der freie Personenverkehr bereits negativ bemerkbar gemacht:

1. **Die Arbeitslosenquote hat in den letzten zwei Jahren trotz sehr starkem Beschäftigungszuwachs nur um je rund 0,5 Prozentpunkte abgenommen.** Im Vergleich dazu ging die Arbeitslosigkeit von 1998 bis 2000 wesentlich stärker zurück, obwohl der Beschäftigungszuwachs schwächer war. Der Hauptgrund für den nun vergleichsweise bescheidenen Rückgang der Arbeitslosigkeit liegt im verstärkten Ausländerzuström durch die Personenfreizügigkeit.

2. Das heisst: **Seit Einführung der vollen Freizügigkeit steigt vor allem die Erwerbstätigkeit von Ausländern.** Das zeigen auch die jeweiligen Beschäftigungszahlen des Bundesamtes für Statistik. Während die Erwerbstätigkeit der

ausländischen Bevölkerung im ersten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2% zunahm, steigerte sich die Erwerbstätigkeit der Schweizer zur selben Zeit nur um 2%. Im Jahr zuvor war der Unterschied noch stärker (4,3% Zunahme bei Ausländern, 1,3% bei Schweizern). Dieser Trend zeigt auf, dass von unserem Wirtschaftswachstum vor allem die ausländischen Arbeitskräfte profitieren, da diese die neu geschaffenen Arbeitsstellen besetzen.

3. Aufgrund des kleineren Angebotes auf dem Arbeitsmarkt wäre gemäss Studie von Peter Stalder **ohne Personenfreizügigkeit auch der Reallohn höher ausgefallen.** Dies hätte dazu geführt, dass der **private Konsum** – trotz vermindertem Bevölkerungswachstum – **kräftiger expandiert** hätte.

Bei der sich anbahnenden Wirtschaftsflaute wird es in der Schweiz einen grossen Überschuss an Arbeitskräften geben, also höhere Arbeitslosigkeit. Ein Grossteil der ausländischen Arbeitskräfte wird jedoch auch beim Verlust des Arbeitsplatzes in der Schweiz bleiben, da hier von besseren Sozialleistungen profitiert werden kann.

Die kontingentfreie Personenfreizügigkeit mit den 15 alten EU-Staaten ist erst seit dem 1. Juni 2007 in Kraft. Wir haben also gar keine entsprechende Erfahrung.

Hilft die Personenfreizügigkeit denn nicht bei der Sanierung der Schweizer Sozialwerke?

Alle bestehenden Sozialwerke kämpfen mit Finanzierungsproblemen. Die IV hat rund 12 Mrd. CHF Schulden, die ALV 5 Mrd. CHF und auch die AHV und die Mutterschaftsversicherung werden in wenigen Jahren Schwie-

Werbung



Powerprint

SVP-Mitglieder profitieren doppelt!

15 % Rabatt auf alle Drucksachen.

Jetzt zuschlagen! Die Aktion ist gültig auf Bestellungen mit Lieferdatum spätestens 31. Januar 2009.



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch



rigkeiten haben. Die freie Einwanderung bringt kurzfristig keine Entlastung für die Sozialwerke, sondern eine Belastung. Professor Hans-Werner Sinn vom Münchner Ifo-Institut weist nach, dass der durchschnittliche Einwanderer mehr als 25 Jahre in Deutschland leben müsste, um netto mehr an den Staat zu leisten als zu erhalten. Allerdings kehren 80 % früher wieder in ihre Heimat zurück oder sterben. Dies bedeutet für die Schweiz, dass unsere Sozialwerke bei einer Annahme der Personenfreizügigkeit mit Bulgarien und Rumänien noch mehr Probleme erhalten würden und sie teilweise gar in ihrer Existenz bedroht wären.

Wenn die Personenfreizügigkeit einmal eingeführt ist, dürfen keine Unterschiede mehr zwischen Einwanderern und Schweizern gemacht werden. Wegen der explodierenden Kosten bleibt wohl nichts anderes übrig, als die Sozialleistungen zu reduzieren. Bei freier Einwanderung zeigt sich unweigerlich: Sozialstaat und unkontrollierte Einwanderung sind unüberbrückbare Gegensätze.

Was denken Sie, wie wird sich die Personenfreizügigkeit in der aktuellen Wirtschaftssituation auf die Arbeitslosigkeit und die Löhne auswirken?

Die Schweizer Wirtschaft war in Zeiten der Hochkonjunktur stets auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Mit Saisonierarbeit und Inländervorrang konnte sich der Schweizer Arbeitsmarkt jedoch je nach Be-

dürfnissen der Wirtschaft selber regulieren. Nun entfällt diese Selbstregulierung, was insbesondere in wirtschaftlich schlechten Zeiten massive Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit, die Löhne und die Sozialwerke haben wird. Denn die Arbeitskräfte aus der EU haben die gleichen Rechte wie die Schweizer. Die erwähnten Erfahrungen aus der Hochkonjunktur lassen auf grosse Auswirkungen im Falle einer Rezession schliessen.

Welche Folgen dürften von der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien zu erwarten sein?

Bulgarien ist das ärmste Mitglied der EU. **Mit durchschnittlich 180 € im Monat liegt Bulgarien immer noch ganz am Ende der Lohnskala aller EU-Länder.** Auch die Rumänen kommen trotz Lohnsteigerungen nur auf ein Durchschnittseinkommen von **362 €.**

Vergleicht man damit den durchschnittlichen Bruttolohn in der Schweiz, der sich auf umgerechnet rund **3500 € pro Monat** (2006: 5674 CHF) beläuft, so wird einem schnell klar, warum die jungen Rumänen und Bulgaren in den Westen strömen.

In der Schweiz ist der Durchschnittslohn 19 x höher als in Bulgarien! Dass dies mit der Einführung des freien Personenverkehrs auch Auswirkungen hat auf die Schweizer Löhne und die Arbeitslosigkeit in der Schweiz, sollte eigentlich jedem klar sein, der nicht völlig blauäugig durch die Welt geht.

Eidg. Volksabstimmung vom 8. Februar 2009 Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

Informationsabende / Referentenschulung
für Parteimitglieder, Gemeinde-, Kantons- und Nationalräte
sowie alle interessierten Personen

Luzern

Datum: Montag, 22. Dezember 2008
Zeit: 19.30–21.30 Uhr
Ort: Bahnhof Luzern, Sitzungszimmer 1. Stock, 6002 Luzern
Referenten: Nationalrätin Yvette Estermann /
Nationalrat Pirmin Schwander

St. Gallen

Datum: Dienstag, 23. Dezember 2008
Zeit: 19.30–21.30 Uhr
Ort: Pfalz Keller, Schulungsraum, 9000 St. Gallen
Referenten: Nationalrat Lukas Reimann /
Nationalrat Pirmin Schwander

Olten

Datum: Samstag, 3. Januar 2009
Zeit: 9.00–11.00 Uhr
Ort: Bahnhofbuffet Olten, Bahnhof, 4600 Olten
Referenten: Nationalrat Walter Wobmann /
Nationalrat Pirmin Schwander

Zürich

Datum: Montag, 5. Januar 2009
Zeit: 19.30–21.30 Uhr
Ort: Cevi Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8021 Zürich
(Saal London)
Referenten: Nationalrat Ernst Schibli /
Nationalrat Pirmin Schwander

Basel

Datum: Dienstag, 6. Januar 2009
Zeit: 19.30–21.30 Uhr
Ort: Hotel Victoria, Centralbahnplatz 3–4, 4051 Basel
Referent: Nationalrat Pirmin Schwander

Yverdon-les-Bains

Datum: Mittwoch, 7. Januar 2009
Zeit: 19.30–21.30 Uhr
Ort: Hôtel La Prairie, avenue des Bains 9,
1400 Yverdon-les-Bains
Referenten: Nationalrat Yvan Perrin / Nationalrat Pirmin Schwander



Ich nehme an der Schulung in teil.

Ich nehme Begleitpersonen mit.

Name:

Adresse:

Anmeldung bitte bis zum 20. Dezember 2008 an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern,
Fax 031 300 58 59, E-Mail: lang@svp.ch

Alain C. Hauert, Pressesprecher SVP Schweiz

Nein-Parole zur Personenfreizügigkeit

Am 29. November 2008 fassen die Delegierten mit 432 zu 45 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Nein-Parole zur Vorlage. Aufgrund der undemokratischen, verfassungswidrigen Verknüpfung der beiden Vorlagen durch eine Parlamentsmehrheit wird die unverfälschte Stimmabgabe verunmöglicht. Dieser Versuch die direkte Demokratie auszuhebeln darf nicht einfach so hingenommen werden. Zumal gerade die Ausdehnung des Abkommens auf die Armenländer Rumänien und Bulgarien der Schweiz keinen Nutzen bringt.

Die SVP-Delegierten trafen sich am letzten Novembersonntag in der Stadthalle Dietikon (ZH). Die Versammlung stand unter dem Titel «Personenfreizügigkeit: eine Standortbestimmung». Im Zentrum der Diskussionen stand die Paketlösung, in der die Weiterführung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zusammengefasst wurden. Das Volk kann bei dieser Abstimmung auf zwei unterschiedliche Fragen nur eine Antwort geben. Aus diesem Grund hatte die Mehrheit der Delegierten noch im Sommer auf die Ergreifung des Referendums verzichtet.

Nun aber, im Spätherbst 2008, hat sich die Ausgangslage entscheidend verändert. Nachdem das Referendum erfolgreich zustande gekommen ist, wird das Schweizer Volk am 8. Februar 2009 über die verknüpfte Vorlage zur Personenfreizügigkeit abstimmen.

Zum freien Personenverkehr mit der Europäischen Union – gab und gibt es in der SVP unterschiedliche Positionen. Während auf der einen Seite einige Wirtschaftsvertreter vor allem

die Wichtigkeit der gesamten bilateralen Verträge für die Schweiz sowie die bisherigen, meist positiven Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit in die Waagschale werfen, stehen ihnen auf der anderen Seite auch viele Kritiker gegenüber. Diese bringen folgende Argumente auf den Tisch:

- Die Verknüpfung der beiden Vorlagen verhindert, dass sich die Bürger zu zwei unterschiedlichen Fragen offen und unverfälscht äussern können. Es wird versucht

die direkte Demokratie gezielt zu umgehen.

- Gerade die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien bringt unserem Land kaum einen Zusatznutzen. Profitieren würden lediglich die EU und insbesondere ihre beiden neuen Mitgliedstaaten.
- Die Kriminalitätsrate in anderen westeuropäischen Ländern ist seit dem EU-Beitritt der beiden

Ostblockstaaten deutlich angestiegen. Auch in der Schweiz sind schon heute Roma-Banden aktiv.

Aufgrund der speziellen Situation mit der Paketvorlage wurde nicht nur kontrovers über die Argumente für oder gegen die Personenfreizügigkeit, sondern auch über das Abstimmungsverhalten diskutiert. So stand für einmal nicht nur die Antwort auf die Frage «Ja oder Nein?» im Raum, es wurde auch die Option eines Abstimmungsboykotts als Ausweg aus dem Dilemma vorgeschlagen. Die Delegierten jedoch entschieden sich gegen diese Möglichkeit und setzten mit der klar gefassten Nein-Parole (432 gegen 45 Stimmen) ein deutliches Zeichen gegen das undemokratische, verfassungswidrige Vorgehen der Mitte-links-Mehrheit im Parlament.



Werbung

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

Yvette Estermann, Nationalrätin, Präsidentin SVP Kanton Luzern

Nein zur Freizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien!

Vor ungefähr 20 Jahren habe ich Bulgarien und Rumänien besucht. Es war fast die einzige Möglichkeit für eine Bürgerin aus dem Ostblock, ans Meer zu reisen. Was ich dort vorfand, hat bei mir tiefe Eindrücke hinterlassen. Da habe ich zum ersten Mal gesehen, wie gut das Leben in der ehemaligen Tschechoslowakei, verglichen mit diesen Ländern, war!

Für die Touristen hatten die Regierungen von Bulgarien und Rumänien einige Städte am Meer extra «herausgeputzt» und mit dem Allernötigsten ausgestattet. Das Bild, welches sich mir aber in den frühen Morgenstunden im Zug in Rumänien bot, hat mich schockiert! Kleine Kinder, barfuss, mit Lehm vollgeschmiert und nur mit einem Leibchen bekleidet, standen um die Waggonen herum und bettelten an den Fenstern um Lebensmittel. Es existierten keine richtigen Strassen, statt in Häusern lebten diese Menschen in Löchern in der Erde, die mit rostigen Platten aus Wellblech bedeckt waren. Ja, das ist lange her.

Aber mein Erstaunen war dennoch gross, als ich hörte, dass dieses Land als neues Mitglied in die EU aufgenommen wird. Die aktuellen Bilder in einigen Regionen dieser Staaten haben sich gegenüber damals, als ich diese besucht hatte, nur minimal verändert.

Deshalb meine Fragen:

**EU – wohin gehst du?
Wo ist dein Ziel?
Wohlstand oder Armut?**

Was kann Rumänien der EU bieten, was bringt die Personenfreizügigkeit mit diesem Land der Schweiz? Einige grosse Konzerne und Firmen, etwa der Handybauer Nokia, haben bereits ihre Werke in Deutschland aufgegeben und in Rumänien neu aufgebaut, um dort billig zu produzieren. Aber



was hinterlassen diese Unternehmen in ihren «Heimatländern»? Dort bleiben Tausende von Arbeitslosen zurück, weil diese ihre Stellen an billigere Arbeitskräfte verlieren oder nicht nach Rumänien umziehen können. Für diese Menschen muss dann der Staat aufkommen. Die Steuern werden erhöht, so dass auch der Letzte, der noch etwas verdient und seine Abgaben zahlt, aus seinem Land flüchten muss ...

Schon jetzt ist es für Schweizer Arbeitgeber jederzeit möglich, gute und speziell qualifizierte Arbeitskräfte zu holen, egal woher diese kommen. Dafür braucht es nun wirklich keine Personenfreizügigkeit!

Die Schweiz zahlt für jedes weitere Mitglied der Europäischen Union eine grosse Menge Geld («Kohäsionsmilliarde»). Bedenken Sie dabei, dass die EU ihre Zahlungen an Rumänien und Bulgarien wegen der grassierenden Korruption stoppen musste! Es ging um einige Hundert Millionen Euro an Steuergeldern, welche in diesen Ländern einfach «verschwunden» sind.

Die Befürworter der Personenfreizügigkeitserweiterung wollen uns klar machen, dass die Schweiz einen enormen wirtschaftlichen Nutzen aus diesem Abkommen ziehen wird. Sie

wollen uns weismachen, dass Arbeitnehmer aus einem «Tieflohn-Land» mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von Fr. 3.–, in der Schweiz liegt dieser bei Fr. 33.–, zu keinen Problemen und nicht zu tieferen Löhnen führen werden!

Würde die Schweiz überhaupt von der Personenfreizügigkeit profitieren? Ein Vergleich: Die Schweiz ist wie ein Glas Vollmilch, die EU wie ein Glas Magermilch und die armen Staaten wie Rumänien und Bulgarien wie ein Glas Wasser. Was passiert, wenn Sie diese drei vermischen? Sie werden in keinem Glas mehr Vollmilch vorfinden, sondern nur noch verdünnte Magermilch! Es profitieren also allein diejenigen Länder, denen es schlechter geht als der Schweiz.

Der Preis eines «Ja» zur Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien ist deshalb viel zu hoch und

belastet alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler! Bei einer guten Wirtschaftslage finden viele Menschen bei uns eine Arbeit. Wenn sie aber arbeitslos werden, muss die Schweiz für diese Leute aufkommen. Es ist nämlich schöner in der Schweiz arbeitslos zu sein als in Deutschland oder Rumänien! Haben Sie auch schon daran gedacht?

Die Schweiz könnte die zusätzlich zu finanzierenden EU-Beiträge auch hier, in unserem Land, sehr gut gebrauchen. Unsere Bürgerinnen und Bürger werden zum Sparen angehalten und für arme, grosse Länder in der Ferne «spendet» man Milliarden. Dabei gibt es auch in der Schweiz Hunderttausende, welche an der Armutsgrenze leben!

Deshalb stimme ich aus Überzeugung «NEIN» zur Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien!

Werbung



**SVP-HIT
GUTSCHEIN**

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

**Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool**

Egal wieviel Nächte!

FR. 50.-
pro Person/Nacht

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Erich J. Hess, Präsident Junge SVP Schweiz

Immer mehr Sozialmissbrauch

Die Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache: Zuwanderung und Ausländerkriminalität sind stark gestiegen. Doch anstatt diese Probleme zu lösen, riskieren Bundesrat und Parlament mit der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien eine Verschärfung der Situation. Nach dem erfolgreich zustande gebrachten Referendum der Jungen SVP kann das Volk nun einen Richtungswechsel vornehmen.

Seit der Einführung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU ist die Einwanderung in die Schweiz massiv angestiegen. Das belegen die Zahlen aus den 15 «alten» EU-Staaten, mit denen seit Juni 2007 die volle Freizügigkeit gilt. Per Ende August 2008 leben 7,7% mehr Menschen aus diesen Ländern bei uns als ein Jahr zuvor. Damit nahm die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung um

5% zu, womit die Schweiz heute einen Ausländeranteil von 21,3% aufweist. Asylbewerber sind dabei noch gar nicht inbegriffen!

Insbesondere aus Deutschland hat eine richtiggehende Zuwanderungswelle eingesetzt. In einem einzigen Jahr sind aus unserem nördlichen Nachbarland fast 50 000 Personen eingewandert. Dabei sind sowohl die

Schweiz als auch Deutschland wohlhabende Länder.

Man kann sich leicht ausmalen, wie die Zuwanderung aus Ländern ausfallen wird, in denen die Löhne und der Lebensstandard massiv tiefer sind. Die Aussage der Befürworter, es würde nicht zu einer Einwanderungsbewegung kommen, ist reine Propaganda.

Freier Personenverkehr führt stets zu einer Angleichung des Wohlstandes zwischen den Ländern. Für die Schweiz bedeutet dies eine Nivellierung nach unten!

Weiter steigt auch der Druck auf die Sozialwerke. Jeder EU-Einwanderer kann seine Familie mitbringen, unabhängig von deren Grösse und unabhängig von seinem Lohn. Kann er dann nicht alleine für sie sorgen, so stehen ihm die Schweizer Fürsorgeleistungen offen.

Ein Beispiel: Ein Rumäne kann in die Schweiz ziehen und sich hier als selbständig Erwerbender anmelden und zum Beispiel einen Imbissstand oder ein Reinigungsinstitut eröffnen. Systematisch holt er in der Folge Freunde und Bekannte aus Rumänien in die Schweiz, indem er mit diesen einen Arbeitsvertrag abschliesst. Nach kurzer Zeit entlässt er diese Leute wieder, wobei jeder einen vollen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe- und Fürsorgeleistungen erhält. Unter solchen Umständen lässt sich eine systematische Plünderung der Schweizer Sozialwerke organisieren!

Die Kombination von Personenfreizügigkeit und ausgebautem Wohl-



**WENIGER ARBEIT.
MEHR KRIMINALITÄT**



fahrtsstaat hat fatale Folgen. Statt einer Einwanderung im Interesse des Landes kommt es zu einer Einwanderung in den Sozialstaat. Schon heute spürt die Schweiz die negativen Folgen einer zunehmend unkontrollierten Einwanderung. Der sinkende Anteil erwerbstätiger Ausländer und die Tatsache, dass Ausländer im Schnitt häufiger vom Sozialstaat profitieren, führen zu einem Anstieg der Gesundheits- und Sozialhilfekosten.

Die paradiesischen Versprechen des Bundesrates und von den Befürworter sind reine Augenwischerei. Die Probleme in Nachbarstaaten wie Frankreich oder Italien zeigen, was die Schweiz erwartet: mehr Zuwanderung, grössere soziale Probleme und unsichere Sozialwerke.

Stimmen Sie deshalb bitte Nein zum «Personenfreizügigkeits-Bschiss» – im Interesse der Jungen und vor allem im Interesse der Schweiz.

| | |
|--|-------------|
| Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien? | NEIN |
| Unkontrollierte Einwanderung? | NEIN |
| Undemokratisches Päckli? | NEIN |
| Erpressungen der EU? | NEIN |
| Arbeitsplatzverlust? | NEIN |
| Aushöhlung der AHV? | NEIN |
| Plünderung der Arbeitslosenkassen? | NEIN |
| Tiefere Löhne? | NEIN |
| Die Lüge, gesamte Bilaterale I fallen weg? | NEIN |
| Immer mehr Ausländerkriminalität? | NEIN |

Komitee gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien,
Postfach 8252, 3001 Bern

Mit einer Spende auf PC 60-167674-9 unterstützen Sie dieses Inserat.

Mit herzlichem Dank.

Darum: **Personenfreizügigkeit Bulgarien und Rumänien NEIN**

Werbung

www.wahl-plakate.ch

jaeggi MEDIA
Wahlkämpfe und Internet-Auftritte für Kandidaten, Orts- & Kantonalparteien der SVP.
Roman S. Jäggi, ehem. Pressesprecher
www.jaeggimedia.ch

Liebe SVP-ler, bitte bleibt gesund mit **Power-Fitness**
Gratis Probetraining
(Dieses Vibrations-Training bringt optimale Erfolge für Figur und Gesundheit mit minimalem Zeitaufwand.)
Weight Watchers
jetzt & heute
zu mehr Lebensfreude
9507 Stettfurt · Tel. 052 365 24 68
www.jetzt-und-heute.com

www.timeshop.ch
TIMESHOP
Armbanduhren mit Stil

Qualitäts-Treuhand

mit integrierter betriebswirtschaftlicher Beratung
Schnell – Kompetent – Kostengünstig

- **Komplette Buchführung** auf Ihrem oder unserem System (Web-Treuhand)
- **Teilzeit-CFO** (Management auf Zeit)
- **Trouble Shooting-Einsätze** vor Ort (z.B. kurzfristiger Ersatz CFO/Projekte)
- **Sanierungen/Umwandlungen/Liquidationen**
- **Betriebswirtschaftliche Beratung** inkl. Steuerplanung
- **Verwaltung STWEG**
- **Start-Up-Beratung** inkl. Businessplan und Budget

timeconsult

TT Timeconsult Treuhand AG
Zimikerried 20
8603 Schwerzenbach
www.timeconsult.ch

Standorte in Schwerzenbach ZH, Muri AG, Derendingen SO

Kontakt: **Christoph Lanker**
Präsident SVP Ortspartei Derendingen
052 213 96 10, christoph.lanker@timeconsult.ch

Lukas Reimann, Nationalrat SVP, Wil SG

Ausschaffungsinitiative schafft mehr Sicherheit

Kaum je stiess eine Volksinitiative bereits im Vorfeld auf derart breiten Zuspruch wie die SVP-Ausschaffungsinitiative. Über 230 000 Personen unterschrieben innert Rekordfrist das Begehren. Das macht die SVP-Gegner nervös. Gute Argumente fehlen dem Bundesrat offensichtlich. Nur so lässt sich erklären, dass er die SVP-Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» ablehnt und dazu gleich noch mit der Völkerrechts-Keule droht.

In der kurzen Medienmitteilung, in welcher der Bundesrat über die Ablehnung der Initiative informiert, nennt er als einziges Gegenargument «erhebliche Kollisionen mit dem nicht zwingenden Völkerrecht sowie mit der Bundesverfassung». Ein Blick auf die Fakten belegt, dass diese Vorwürfe komplett haltlos und ein Akt der Verzweiflung sind.

Die Volksinitiative hat zwei klare und wichtige Anliegen:

1. Ausländer, welche sich nicht an die Gesetze halten und welche sich nicht integrieren wollen, sollen unser Land verlassen.
2. Ausländer, welche missbräuchlich Leistungen von Sozialwerken beziehen, sollen unser Land verlassen.

Das Gastrecht in der Schweiz würde auch mit der Initiative weiterhin grosszügig gewährt. Aber wer es missbraucht und sich nicht an die Regeln hält, der soll gehen. Das versteht die grosse Mehrheit der Bevölkerung. Und deshalb werden Scheinargumente dagegen vorgeschoben, die schlicht nicht wahr sind.

Eine Ausweisung oder Ausschaffung von Ausländern ist keine unzulässige Diskriminierung, weil Ausländer im Gegensatz zu den Staatsangehörigen grundsätzlich keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt in der Schweiz besitzen. Zudem haben ausschliesslich Kriminelle etwas zu befürchten und nicht unbescholtene Menschen. Und ein völkerrechtliches oder verfassungsrechtliches Recht auf Kri-



minalität gibt es – zum guten Glück – nicht.

Die Initiative hält auch das Gebot der Verhältnismässigkeit ein. Denn sie verlangt den Verlust des Aufenthaltsrechts nur für Delikte einer gewissen Schwere oder für besondere Delikte, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. So wird dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit genügend Rechnung getragen.

Da Jugendgewalt und Jugendkriminalität besonders zunehmen, schränkt die Initiative richtigerweise den Kreis der Betroffenen nicht ein und wendet sich an alle Ausländer – unabhängig von deren Alter. Gemessen wird primär an der Schwere der Tat und nicht am Alter des Täters. Bereits nach geltendem Ausländergesetz können Minderjährige ausgewiesen und auch schon ab 15 Jahren in Ausschaffungshaft bzw. Durchsetzungshaft genommen werden. Völkerrechtliche Bedenken gegenüber der Ausschaffung Minderjähriger erweisen sich als gegenstandslos. Laut bundesgerichtlicher Praxis können der

UNO-Kinderrechtskonvention keine gerichtlich durchsetzbaren ausländerrechtlichen Ansprüche entnommen werden. Auch das Recht auf Achtung des Familienlebens (Art. 13 BV, Art. 8 EMRK) wird nicht tangiert. Art. 8 Abs. 2 EMRK sieht explizit vor, dass der Staat in das Familienleben eingreifen darf, um die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Ordnung oder die Verhinderung strafbarer Handlungen zu gewährleisten.

Die Kriminalstatistiken zeigen auf, wie gravierend das Problem der Jugend- und Ausländerge-

walt ist. Jeden Tag wird das Volk mit den verheerenden Folgen der Ausländerkriminalität konfrontiert. Eine Regierung, welche das Wohl und die Sicherheit ihrer Bürger als Ziel hätte, müsste der SVP-Volksinitiative bedingungslos zustimmen. Doch unser Bundesrat schützt offenbar lieber Delikte wie Mord, Vergewaltigung, Sozialmissbrauch und Drogenhandel mit Scheinargumenten, anstatt diese schweren Vergehen konsequent zu bekämpfen.

www.lukas-reimann.ch

Sicherheit schaffen

Mein Zuhause – Unsere Schweiz

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP

Die Partei des Mittelstandes

PC 30-8828-5

Nationalrat Simon Schenk, ehemaliger Lehrer, Trubschachen BE

HarmoS: Nichts für den ländlichen Raum

Die obligatorische Früheinschulung mit vier Jahren ist Kernstück von HarmoS. Doch gerade in ländlichen Gebieten ist eine Schule unter diesem Regime nur mit grösstem Aufwand und mit Schwierigkeiten zu betreiben. Hier liegt der Grund dafür, dass die ländlichen Kantone Thurgau und Graubünden vor Kurzem HarmoS abgelehnt haben und dass die Unterschriftensammlung auch im Kanton Bern gut läuft.

Das gesamtschweizerische Projekt zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) führt die Schulpflicht für Vierjährige ein. Wenn so kleine Kinder in die Schule müssen, werden sie bereits sehr früh ihren Eltern entzogen. In dieser wichtigen Phase ihrer Entwicklung werden sie durch die Schule geprägt und nur noch teilweise durch die Eltern. Die Grenze zwischen Erziehung, welche durch die Eltern zu geschehen hat, und Bildung, die im Verantwortungsbereich der zumeist staatlichen Schule liegt, wird damit weiter zu Ungunsten der Familie verschoben.



Wenn gerade in ländlichen Gebieten HarmoS auf massive Ablehnung stösst – in Graubünden wurde HarmoS in gewissen Gemeinden sogar einstimmig abgelehnt –, ist dies auch darauf zurückzuführen, dass Vierjährige mit Schulpflicht auf dem Land oftmals weite Schulwege haben. Als ehemaliger Lehrer im Emmental weiss ich, dass viele Schüler auf ihrem Schulweg kilometerweit durch Wald und Wiesen und durch teilweise steiles Gelände gehen müssen. Was für Siebenjährige noch knapp geht, ist für Vierjährige unzumutbar. Schliesslich sind es auch die hohen

Kosten, welche zur Ablehnung von HarmoS führen. Im Kanton Bern rechnet die Regierung mit ca. 128 Millionen Franken Zusatzkosten bis ins Jahr 2015. Zusätzliches Personal und Infrastruktur müssen bereitgestellt werden. Dazu müssen Fahrdienste und Tagesstrukturen wie Mittagstisch, Aufgabenhilfe, Kinderbetreuung usw. eingerichtet werden, was weitere Kosten verursacht.

Bisher wurde HarmoS in sieben Kantonen dem Volk vorgelegt. In drei Kantonen wurde HarmoS angenom-

men (ZH, SG, GL), in vier Kantonen wurde HarmoS abgelehnt (LU, AI, GR, TG). Es ist absehbar, dass noch weitere Kantone zum Nein-Lager stossen werden. In der Innerschweiz ist die Skepsis nach dem Nein von Luzern weiter gestiegen: Für die klei-

neren Innerschweizer Kantone macht HarmoS noch weniger Sinn, wenn der grosse Nachbar nicht mit von der Partie ist. Auch im Kanton Bern werden wir nächstes Jahr aller Voraussicht nach über HarmoS abstimmen können.

Von einer gesamtschweizerischen Harmonisierung kann ohnehin bereits heute keine Rede mehr sein. Deshalb gilt für HarmoS: Übung abbrechen, zurück auf Feld eins und eine bessere Vorlage bringen!

Werbung

So kann es nicht weitergehen!

Es gibt eine Antwort:

PIKOM – das einzige Parteunabhängige Informationskomitee

Wir wollen eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik! Helfen Sie uns dabei und werden Sie Mitglied, Gönner oder Sympathisant!

Anmeldeformular für das Parteunabhängige Informationskomitee **PIKOM**

Das PIKOM hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der Jahresbeitrag ist auf Fr. 65.– festgelegt. Gönner und Sympathisanten sind in der Höhe der Zuwendungen frei. Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Politische Mandate, Parteizugehörigkeit oder Bemerkungen: _____

Bitte einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau

SMS-INFO-DIENST DER SVP

Sie erhalten topaktuelle Schlagzeilen und brisante Kurzinformationen der SVP direkt auf Ihr Handy.

Melden Sie sich jetzt an (CHF 0.40 pro SMS).

Beim SMS-Service anmelden:

Schicken Sie von Ihrem Handy aus ein SMS mit dem Text «SVP ON» an die Zielnummer 939.

Abschied vom Mittelwellensender Beromünster

Am 28. Dezember 2008 stellt der Mittelwellensender Beromünster seinen Betrieb ein. DRS Musikwelle, das volkstümliche Programm von Schweizer Radio DRS, ist empfangbar auf Digitalradio, Kabel, Satellit und im Internet (www.drsmusikwelle.ch).

Mittelwelle 531 kHz sendet bald nicht mehr, zu gross wäre der Aufwand für eine Sanierung des Senders Beromünster. Über die Luft ist DRS Musikwelle weiter auf Digitalradio (DAB) empfangbar, aber auch auf dem Kabelnetz sowie über Satellit und im Internet.

Mit einem Digitalradio verbessert sich nicht nur die Tonqualität massiv, auch der Empfang über die Luft wird

störungsfrei möglich. 18 Programme der SRG SSR sind über die Luft empfangbar. Dies sind praktisch doppelt so viele wie mit UKW.

Die DRS Musikwelle wurde im Frühjahr 2008 stark aufgewertet. Das volkstümliche Programm wird am Tag über weite Strecken moderiert und angereichert mit den Informationssendungen von DRS 1. Jede Woche sendet Schweizer Radio DRS über sechs Stunden mehr Volksmusik als noch 2007!

Wo gibt es Digitalradios? In allen grösseren Fachmärkten oder bei Ihrem Fachhändler sind verschiedene Modelle (DAB+) erhältlich. Die günstigsten Digitalradios kosten weniger als 100 Franken.

Am Digitalradio-Tag vom Montag, 29. Dezember im Radiostudio Zürich steht das DRS Musikwelle-Team Red und Antwort: Alle Hörerinnen und Hörer, die Fragen haben zum Empfang der DRS Musikwelle, sind zwischen 7 Uhr und 8 Uhr herzlich willkommen an der Brunnenhofstrasse 22 in 8042 Zürich. Ein Fachhändler für Digitalradios ist anwesend.

Telefonische Beratung: Die DRS Musikwelle berät Sie kostenlos zu allen Fragen des Empfangs. Melden Sie sich dazu beim Radiofon unter 0848 80 80 80 (Ortstarif).

Anzeige



Am 28. Dezember um 24 Uhr wird der Mittelwellensender Beromünster (MW 531) abgeschaltet.

Die DRS Musikwelle lebt weiter auf Digitalradio, Kabel, Satellit und im Internet unter www.drsmusikwelle.ch

Lassen Sie sich beraten:

- Am Digitalradio-Tag vom 29. Dezember 2008, 7 Uhr bis 8 Uhr im Radiostudio Zürich.
- Am Radiofon unter 0848 80 80 80
- Im Internet unter www.empfang.ch